

Bayerisches Gesetz- u. Verordnungsblatt

Amtliches Nachrichtenblatt der Bayerischen Landesregierung

Nr. 4

München, den 1. November

1945

Die neue Bayerische Staatsregierung The New Bavarian State Government

Die Bayerische Staatsregierung
vom 22. Oktober 1945

The Bavarian State Government of
October 22, 1945

Der am 28. September mit der Regierungsbildung beauftragte Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner hat am 22. Oktober mit Zustimmung der Militärregierung die neue Regierung in folgender Zusammensetzung bekanntgegeben:

Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner, who has been charged on September 28th, with the constitution of the Government, has announced with the consent of Military Government the new government in the following composition on October 22:

Minister:

Ministers:

Ministerpräsident:

Dr. Wilhelm Hoegner (Sozialdemokrat)

Staatsminister der Justiz:

Dr. Wilhelm Hoegner

Staatsminister des Innern:

Josef Seifried (Sozialdemokrat)

Staatsminister für Unterricht und Kultus:

Dr. Franz Fendt (Sozialdemokrat)

Staatsminister der Finanzen:

Dr. Fritz Terhalle (unpolitisch)

Staatsminister für Arbeit:

Albert Roßhaupter (Sozialdemokrat)

Staatsminister für Wirtschaft:

Dr. Ludwig Erhard (Demokrat)

Staatsminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Dr. Josef Baumgartner
(Mitgl. d. Bay. Christl. Soz. Union)

Staatsminister ohne Portefeuille:

Heinrich Schmitt (Kommunist)

Als ständiger Stellvertreter des Ministerpräsidenten wurde der Staatsminister für Arbeit, Herr Albert Roßhaupter, bestellt.

Minister-President:

Dr. Wilhelm Hoegner (socialdemocrat)

State Minister of Justice:

Dr. Wilhelm Hoegner

State Minister of the Interior:

Josef Seifried (socialdemocrat)

State Minister of Education and Religion:

Dr. Franz Fendt (socialdemocrat)

State Minister of Finance:

Dr. Fritz Terhalle (non-political)

State Minister of Labour:

Albert Roßhaupter (socialdemocrat)

State Minister of Economics:

Dr. Ludwig Erhard (democrat)

State Minister of Food and Agriculture:

Dr. Josef Baumgartner (member of the Bavarian Christian Social Union)

State Minister without Portfolio:

Heinrich Schmitt (communist)

State Minister of Labour Albert Roßhaupter was appointed permanent deputy of the Minister-President.

Staatssekretäre:

State Secretaries:

Staatssekretär im Ministerpräsidium und

Leiter der Bayerischen Staatskanzlei:

Staatsrat Dr. Anton Pfeiffer

(Mitgl. d. Bay. Christl. Soz. Union)

Staatssekretär im Justizministerium:

Staatsrat Dr. Hans Ehard

(Mitgl. d. Bay. Christl. Soz. Union)

Staatssekretär im Innenministerium:

Ludwig Ficker (Kommunist)

Staatssekretär im Finanzministerium:

Staatsrat Dr. Hans Müller (unpolitisch)

Staatssekretär im Arbeitsministerium:

Heinrich Krehle

(Mitgl. d. Bay. Christl. Soz. Union)

State Secretary in the Office of the Minister-President and Head of the Bavarian State Chancellery:

Staatsrat Dr. Anton Pfeiffer (member of the Bavarian Christian Social Union)

State Secretary in the Ministry of Justice:

Staatsrat Dr. Hans Ehard (member of the Bavarian Christian Social Union)

State Secretary in the Ministry of the Interior:

Ludwig Ficker (communist)

State Secretary in the Ministry of Finance:

Staatsrat Dr. Hans Müller (non-political)

State Secretary in the Ministry of Labour:

Heinrich Krehle (member of the Bavarian Christian Social Union)

Regierungserklärung

Als Ministerpräsident der neuen Bayerischen Regierung halte ich es zunächst für meine Ehrenpflicht, meinem Amtsvorgänger, Herrn Fritz Schäffer, dafür zu danken, daß er in schwerster Zeit, nach der furchtbarsten Niederlage der deutschen Geschichte selbstlos eingesprungen ist und sich dem Lande Bayern zur Verfügung gestellt hat. Seine Regierung war von Anfang an nur Notbehelf, als Übergang zu einer umfänglicheren Lösung gedacht.

Die gegenwärtige Regierung ruht auf der breiten Grundlage aller Kräfte des Landes, die den Nationalsozialismus entweder von Anfang an bekämpft oder doch mit der Zeit als den größten Gegner aller Einrichtungen und Überlieferungen unserer europäischen Kultur erkannt haben. Es bedarf nur eines Blickes auf unsere zerstörten Städte, um zu erkennen, daß die geschichtliche Schuld des Nationalsozialismus und seiner Anhänger und Förderer unermeßlich ist. Wenn jetzt von manchen Seiten um Gnade und Mitleid für die Nationalsozialisten geworben wird, weil sie ihre Wohnungen und Ämter verlieren sollen, so fragen wir: Wo blieb das Mitleid der Nationalsozialisten mit ihren wehrlosen politischen Gegnern, wo blieb ihr Mitleid mit dem militärisch längst besiegten unglücklichen deutschen Volk, das sie bis zum letzten Mann opfern wollten, um sich selbst ein paar Monate länger an der Macht zu halten, wo blieb ihr Mitleid mit den Kindern und Frauen, die sie in Kirchen einsperrten und verbrannten, wo blieb ihr Mitleid mit den Millionen Menschen, die sie in Gaskammern erstickten?

Die neue Bayerische Staatsregierung ist entschlossen, den Einfluß des Nationalsozialismus in unserem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben, besonders in unserer Beamenschaft vollkommen auszutilgen. Einem Minister ohne Portefeuille obliegt diese Sonderaufgabe.

Wer es vorzog, andere Unschuldige leiden zu lassen, um sich selbst in Amt und Würden zu halten oder sich zu bereichern, verdient keine Gnade. Mitleid ist angebracht für unverschuldet Unglückliche, für Schuldige aber kennen wir nur und fordern wir Gerechtigkeit. Hart, aber gerecht und abgestuft nach der Größe der Schuld.

Proclamation

of the Bavarian State Government

As Ministerpresident of the new Bavarian Government, I think it first my duty of honour to thank my predecessor, Herr Fritz Schäffer, who in the darkest moment, after the most formidable defeat in German history, has come forward unselfishly and has worked for the Land of Bavaria. His government was from the start considered an emergency solution and a transitionary state to a more comprehensive construction.

The present Government is based on the broader basis of all forces of the country, which have either fought National-Socialism from the start, or which have in the course of time recognized it as the greatest enemy of all institutions and traditions of our European culture. It needs only one glance at our destroyed cities to see that the historical guilt of National-Socialism and its disciples and promoters is immeasurable. If now some circles ask for mercy and compassion with National-Socialists, because they shall lose their dwellings and positions, then we ask: Where was the compassion of National-Socialists to their defenseless political opponents, where was the compassion to the unhappy German people, long defeated in the military field, whom they wanted to sacrifice to the last man in order to keep themselves in power for a few more months; where was their compassion to children and women whom they locked into churches and burned them, where was their compassion to the millions of men whom they suffocated in gas chambers?

The new Bavarian State Government is determined to thoroughly exterminate the influence of National-Socialism in our public and economic life, particularly amongst our officials. A minister without portfolio will be charged with this special task.

He who preferred to let innocent people suffer in order to keep himself in service and position or to enrich himself, deserves no mercy. Compassion is in its place for people who got into misery undeservingly; for guilty people, we know and demand nothing but justice. Hard, but just and on a proportionate scale according to the degree of guilt.

Gerechtigkeit wird der Leitstern auch unserer gesamten Justizpolitik sein. Das bedeutet vor allem Wiederherstellung klarer Rechtsverhältnisse, eine geordnete, saubere Rechtspflege und Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz ohne Rücksicht auf Rasse, Klasse, religiöses oder politisches Bekenntnis.

Die Gerechtigkeit erfordert aber auch, daß endlich jene nationalsozialistischen Verbrecher zur Rechenschaft gezogen werden, die es im Dritten Reich verstanden haben, für den Strafrichter unerreichbar zu sein. Sie sollen jetzt ihrem irdischen Richter überliefert werden. Die Gerechtigkeit erfordert ferner, daß den unglücklichen Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen aus öffentlichen Mitteln nach besten Kräften geholfen wird. Wir sind arm geworden, aber doch nicht so arm, daß wir nicht himmelschreiendes Unrecht einigermaßen wieder gut machen könnten. Soweit unrechtmäßig erworbene nationalsozialistische Vermögen noch erfaßbar sind, sollen sie nach dem Willen der Staatsregierung zu Sühneleistungen herangezogen werden. Die im Dritten Reich unschuldig Verurteilten werden rehabilitiert werden. Entsprechende Gesetzentwürfe werden wir der Militärregierung alsbald zur Genehmigung unterbreiten.

Außerliche Maßnahmen gegen den Nationalsozialismus sind notwendig, sie treffen ihn aber nicht ins Herz. Das kann nur durch Überwindung des nationalsozialistischen Unwesens geschehen. Die neue Regierung will daher unter Hintansetzung aller weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten ihre gesamte Kultur- und Schulpolitik überwiegend in den Dienst des Kampfes gegen die nationalsozialistischen Wahnlehren stellen. Wir sind noch einmal davongekommen — wir haben aber einen Anschauungsunterricht genossen, der noch den fernsten Geschlechtern unvergeßlich sein wird. Wir wissen jetzt, wohin es führt, wenn die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens zerstört werden, nämlich die Gemeinschaft von Freien und Gleichen, der Geist der brüderlichen Duldsamkeit, die Achtung höherer Gesetze und vor der religiösen und politischen Überzeugung unserer Mitmenschen. Angesichts der furchtbaren sittlichen Verwahrlosung unseres Volkes durch den Nationalsozialismus müssen wir zur Wiedererlangung eines geordneten Gemeinschaftslebens ganz von vorn anfangen, zunächst wieder eine gute Kinderstube ein-

Justice will also be the guiding star of our judicature. This means above all: Re-establishment of clear legal conditions, an ordered and clean judicial system, and equality of status before the law for every citizen without regard to race, class religious or political creed.

Justice, however, also requires that at last those national-socialist criminals will be taken to account, who have managed in the third Reich to be out of reach of the criminal court. They shall now be delivered to their judge on this earth. Justice further requires that help from public means is extended to the unhappy victims of national-socialist crimes to the best of our ability. We have become poor, but not so poor, that we could not somehow redress wrongs which cry to heaven. As far as illegally acquired national-socialist property may still be seized, it is the intention of the State Government, to use it for this atonement. Those persons, who have been sentenced in the third Reich without being guilty, shall be rehabilitated. Drafts of the respective laws will soon be submitted to Military Government for approval.

External measures against National-Socialism are necessary, but they do not hit its very heart. This can only be done by really overcoming the national-socialist evil; the new Government is therefore willing — setting aside all differences of creed and belief — to make all its cultural and educational politics serve mainly for the fight against the national-socialist falsedoctrines.

We have just narrowly escaped for once, but we have got an instructive demonstration which will not be forgotten even in the most distant future. We know now, what it leads to, if the basis of human social life is destroyed, namely the community of free and equals, the spirit of brotherly tolerance, the respect for higher laws and the religious and political creeds of fellowmen. In view of the formidable demoralization of our people by National-Socialism, we must start from the very beginning, in order to re-establish and gradually progressing to higher forms of social life. The tasks, by which particularly the educators of our people are

richten, um allmählich zu höheren Formen des sozialen Lebens fortzuschreiten. Die Aufgaben, die hier namentlich unseren Volkserziehern obliegen, sind ungeheuer, wir müßten aber an der Zukunft unseres Volkes verzweifeln, wenn sie sich als unlösbar erwiesen. Die Staatsregierung wird daher der Erziehungsfrage, der Pflege der geistigen und sittlichen Werte aller Kulturvölker die größte Aufmerksamkeit widmen. Im Verhältnis zwischen Staat und Kirche ist an keine grundlegenden Neuerungen gedacht. Wir legen vielmehr den größten Wert darauf, daß Kirche und Staat nicht gegeneinander, sondern zum Wohle des Volkes einträchtig miteinander arbeiten. Bestehende oder entstehende Meinungsverschiedenheiten sollen im Geiste der Toleranz beglichen werden. Die Haltung des totalitären Staates gegenüber der Kirche lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.

Zunächst aber handelt es sich für Millionen unserer Volksangehörigen darum, das nackte Leben zu erhalten. Vor uns steht ein vielleicht früher und harter Winter, wohl der härteste Winter der deutschen Geschichte, der die Bewohner unserer Städte mit Hunger, Kälte und Seuchen bedroht. Wir dürfen nicht immer auf fremde Hilfe warten, wir müssen uns selbst zu helfen suchen, so gut es geht. Erst wenn und soweit unsere eigene Kraft versagt, haben wir ein Recht, um fremde Hilfe zu bitten.

Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft kann nur planmäßig vor sich gehen. Zunächst müssen die unentbehrlichen Bedürfnisse, nämlich Nahrung, Kleidung und Wohnung befriedigt werden. Der Staat kann auf dieser Stufe des Wiederaufbaus die wirtschaftlichen Kräfte nicht nach Gewinnaussichten frei schalten und walten lassen, er muß dafür sorgen, daß vor allem den notleidenden Volksschichten geholfen wird. Das setzt eine gute Organisation, nicht aber einen überwuchernden Bürokratismus voraus, von dem wir uns fernhalten werden.

Diese Regierung ist eine Regierung aller Schaffenden in Stadt und Land. Sie setzt sich zusammen aus Sozialdemokraten, Kommunisten, maßgebenden Männern der christlich-sozialen Richtung und der Bauernschaft sowie aus Fachleuten. Wenn wir auch sozialpolitisch als verarmtes Volk keine großen Versprechungen machen können, so muß doch

faced, are terrific, but we should have to despair of the future of our people, if they would prove unsolvable. The State Government will therefore devote greatest attention to the problem of education and to the promotion of the spiritual and ethical qualities of all civilized nations.

In the relations between State and Church no principal innovation is being considered. We rather put greatest stress on Church and State working — not against one another — but in close contact for the common welfare of the people. Existing or arising differences of opinion shall be settled in the spirit of tolerance. We definitely reject the attitude of the totalitarian State against the Church.

At first, however, millions of our people will have to strive for nothing but to maintain their naked life. We are confronted by winter, perhaps an early and hard one, and perhaps the hardest winter in German history, which threatens the inhabitants of our towns with hunger, cold and diseases. We must not always wait for foreign help, we must try to help ourselves as best as we can. Only if and as far as our own strength fails, we have a right to beg for foreign help.

The reconstruction of our economic life can only proceed according to a plan. At first the indispensable requirements, namely food, clothing and housing, must be satisfied. At this stage of reconstruction the State cannot let the economic forces work and dispose freely with a view to profits. The State must take care that help is given above all to the needy classes. This requires a good organization, but not an overwhelming bureaucracy, from which we shall keep away.

This Government is a Government of all working people in towns and in the country.

It is composed of Socialdemocrats, Communists, leading men of the Christian Social tendency and of the farmers, as well as of experts.

jeder ehrliche Arbeiter vor Ausbeutung geschützt werden. Das Recht auf Erholung, auf Mindestlöhne, gesetzliche Arbeitszeit, bezahlten Jahresurlaub und angemessene Fürsorge für Alter und Invalidität ist auch bei uns eine Notwendigkeit. Die Erlaubnis zur Wiedererrichtung freier und vom Staat unabhängiger Gewerkschaften durch die Besatzungsbehörde wird von uns lebhaft begrüßt. Wir wollen die Gewerkschaften zur Mitarbeit heranziehen und sie als Sachwalter der Arbeitnehmer nach Kräften fördern. Die Regierung setzt sich auch mit aller Entschiedenheit für die Rückgabe der von den Nationalsozialisten geraubten Vermögenswerte der Gewerkschaften ein.

Der Ernährung unserer Bevölkerung müssen und werden wir bei dem völligen Mangel an jeglicher Einfuhr das größte Augenmerk zuwenden. Wir glauben der Bedeutung unserer Landwirtschaft dadurch Rechnung getragen zu haben, daß wir ihr als Minister einen führenden Mann der Bauernorganisationen zur Verfügung stellen. Eine vordringliche Aufgabe ist die stärkere Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Das bäuerliche Eigentum wird gewährleistet. Die Regierung muß ihrerseits von den Bauern erwarten, daß sie ihre Ablieferungspflicht erfüllen, die Bevölkerung der Städte nicht hungern lassen. Der Bauer, der Nahrung liefern soll, hat Anspruch auf staatlichen Schutz. Die Sicherheitsverhältnisse auf dem flachen Lande sind jedoch teilweise beunruhigend. Die Staatsregierung ist fest entschlossen, dem Unwesen der plündernden Banden ein Ende zu bereiten und zu diesem Zweck keine hoffentlich nur vorübergehend höheren Kosten zu scheuen.

Das Flüchtlingsproblem in Bayern bildet eine unserer größten Sorgen. Unser Land muß mehr als 3 Millionen fremder Menschen Obdach und Nahrung gewähren. Das geht auf längere Dauer über unsere Kraft. Wir müssen diesen wurzellos gewordenen Menschen im Benehmen mit der Besatzungsmacht so rasch wie möglich wieder zu ihrer Heimat verhelfen. So lange das nicht möglich ist, haben wir die menschliche Pflicht, uns ihrer anzunehmen, sie nicht verkommen zu lassen. Das gleiche gilt für alle Opfer des Krieges, wie die Versehrten, die Witwen und Waisen, die Soldaten, die aus der Gefangenschaft zurückkommen und kein Heim mehr vorfinden

Even if we as an impoverished people cannot take great strides in social politics, every honest worker must yet be protected from exploitation. The right to recreation, to minimum wages, to legal working-hours; and to an annual holiday with pay; and an adequate care for old age and disability are a necessity also in our country. We welcome heartily the permit of the occupation authorities to reestablish free Trade Unions, independent of the State. We want to use the Trade Unions in cooperation and to further them as representations of the workers as best we can. The Government stand definitely also for the return of the property which the National-Socialists took away from the Trade Unions.

Greatest care will be given and must be given to the provision of foodstuffs for our population, particularly in view of the complete lack of imports. We believe to have given due consideration to the importance of our agriculture by nominating as its minister a leading man of the Peasant Associations. An urgent task is the stronger concentration of the agricultural cooperative societies. The property of the farmers will be guaranteed, the Government on its part must, however, expect of the farmers that they will fulfil their duties of delivery and do not let the population of the towns starve. The farmer, who is to supply the food, has a claim to protection by the State. The conditions of public safety out in the country, however, are partly alarming. The State Government is firmly determined to make an end to the crimes of the plundering gangs and will not shrink from the higher expenses for this purpose, which, it may be hoped, will only be temporarily necessary.

The problem of the refugees in Bavaria is one of our preatest troubles. Our country must give food and shelter to more than 3 millions of people from abroad. In the long run this is beyond our power. In consent with the occupation power we must help these derooted people to get home to their native place as quick as possible. As long as this cannot be done, we have the humane duty to take care of them and not to let them become demoralized.

The same applies to all victims of the war, like the disabled men, the widows and orphans, to the soldiers returning from capti-

und vor dem Nichts stehen. Sie alle müssen vor der schlimmsten Not geschützt und in unsere Wirtschaft wieder eingegliedert werden.

Wirtschafts- und Währungsfragen reichen vielfach über den Rahmen unseres eigenen Vaterlandes hinaus. Es ist selbstverständlich, daß hier die abgerissenen Fäden so rasch wie möglich wieder angeknüpft werden müssen. Die Wirtschaft darf trotz der Notlage durch Steuern nicht erdrückt werden. Eine sozialere Gestaltung der Notabgabe ist auf Grund der gesamten Erfahrungen in Aussicht genommen.

Auf einem staatspolitisch ausschlaggebenden Gebiet erwarten wir Fortschritte, auf dem der Demokratie. Die Staatsregierung begrüßt es, daß die Besatzungsbehörden die Wiedezulassung politischer Parteien und die Vorbereitung von Gemeindewahlen beschlossen haben. Wir erwarten die Möglichkeit der Bildung von Parteien für das ganze Staatsgebiet.

Die gemeindliche Selbstverwaltung, nach den neuesten Erkenntnissen eine wesentliche Grundlage der Demokratie in den angelsächsischen Ländern und in der Schweiz, wird auch bei uns in möglichst großem Umfange wieder hergestellt werden. Bis zur Abhaltung von Parlamentswahlen aber wird die Staatsregierung versuchen, der Demokratie auch im Staatsleben den Weg zu bahnen. Sie betrachtet sich nur als Treuhänderin des bayerischen Volkes und wird einer künftigen Volksvertretung über ihr Tun und Lassen Rechenschaft ablegen. Die Staatsregierung wird schon in nächster Zukunft einen Ausschuß von Vertrauensmännern aus dem ganzen Land und aus allen Bevölkerungsschichten zur Vorbereitung wichtiger staatspolitischer Beschlüsse heranziehen. Wir glauben damit nicht nur einem dringenden staatspolitischen Bedürfnis entgegenzukommen, sondern auch der Wiederentstehung einer öffentlichen Meinung nach mehr als zwölfjähriger Unterdrückung jeder Meinungsfreiheit zu dienen.

Nachdem Bayern wieder als Staat anerkannt ist, muß nächstens ein Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt erlassen werden. Das wird auch dazu beitragen, die staatliche Zen-

vity, who do not find their home any more and are left without anything. They must be protected from the direst misery and must again be re-employed economically.

Problems of economics and currency extend in many cases beyond the boundaries of our native country. It is a matter of course, that here the lost contact must be re-established as quickly as possible.

In spite of the emergency, the economy must not be strangled by taxes. A more social modification of the emergency-tax is intended on the basis of present experience.

In another outstanding field of state politics we are expecting progress, namely in the field of democracy. The State Government welcomes the decision of the occupation authorities to re-admit political parties and the preparation of communal elections. We look forward to the possibility of forming parties for the whole Bavarian territory.

The autonomous administration of communities, according to latest recognitions an essential basis of democracy in the Anglo-Saxon countries and in Switzerland, will also in this country be reestablished to the largest possible extent. Until elections for a Parliament will be held, the State Government will try to pave the way for democracy also in the life of the State, the Government considers itself merely trustee of the Bavarian people and will answer to a future representation of the people about its activities. The State Government will already in the near future convene a committee of men of confidence of the whole country from all classes of the population for the preparation of important resolutions of State politics. We believe that we thereby shall meet not only an urgent political demand, but that we also promote thereby the re-creation of a public opinion after more than twelve years of suppression of any freedom of thought.

As Bavaria has now been recognized again as a State, it will be necessary in the near future to issue a law on the provisional Authority of the State. This will also con-

tralgewalt wieder zu stärken und der vielfach eingerissenen Selbstherrlichkeit örtlicher Behörden ein Ende zu bereiten. Mit unseren Nachbarstaaten in der US-Zone werden wir in allen gemeinsamen Angelegenheiten aufs engste zusammenarbeiten. Darüber hinaus wollen wir Fühlung halten mit den übrigen deutschen Gebieten, besonders mit der seit 1214 mit Bayern eng verbundenen Pfalz.

Die Staatsregierung wünscht mit der Besatzungsmacht eine ehrliche Zusammenarbeit, die von beiderseitigem Vertrauen getragen ist. Wir lehnen alle Heimlichkeiten und Winkelzüge entschieden ab. Wir wollen den Frieden, wir wenden uns ab von dem Geist der Gewalt und Vermessenheit, der uns in das tiefste Unglück unserer Geschichte geführt hat.

Diese von mir kurz umrissenen Ziele der neuen Bayerischen Staatsregierung sind bescheiden. Wir hüten uns vor sinnlosen Versprechungen. Wir dürfen froh sein, wenn wir aus diesem grauenhaften Zusammenbruch eines Reiches und Volkes mit zerschundener Haut hervorgehen. Wir wissen auch, von schönen Reden wird das Volk nicht satt. Wir wollen, soweit es möglich ist, Taten sprechen lassen.

Zum mindesten wollen wir den guten Willen zeigen, unserem Volke aus seiner gegenwärtigen Lage allmählich herauszuhelfen. Der Erfolg hängt nicht von uns allein ab. Er wird langsam heranreifen.

Deshalb erwarten wir Geduld und immer wieder Geduld. Die Schrecken des Krieges sind vorüber, die Wiederaufbauarbeit kommt langsam in Gang, das berechtigt uns zu einiger Hoffnung. Sie ist noch ein zartes Pflänzchen und bedarf der Pflege, wenn sie nicht verkümmern soll. Möge man uns daher aus dem Dunkel dieser Tage durch eine bescheidene Pforte in eine hellere Zukunft blicken lassen! Das wird unser Volk aufrichten und mit neuer Kraft erfüllen, die uns so bitter nötig ist.

Gestatten Sie mir als einem Mann des Rechts noch ein letztes Wort! Unser Los mag noch so bitter sein, es ist erträglich, wenn es gerecht ist. Gerechtigkeit verlangt Sühne und verlangt Wiedergutmachung. Sie verlangt aber nicht Vernichtung und Tod. Wir müssen heute als ganzes Volk büßen, was Entartete in unseren Reihen verbrochen haben. Aber die Sühne darf nicht ungemessen, sie muß dem Verschulden angemessen

tribute to strengthen the central power of the State and to make an end to the not unfrequent self seeking tendencies of local authorities. We shall closely cooperate with our neighbouring States in the US-Zone in all problems of common interest. Beyond this, we want to keep contact with all the other German territories, particularly with the Palatinate, which has been in close union with Bavaria since 1214.

The State Government desires an honest cooperation with the occupation power, based upon mutual confidence. We definitely reject all secrecies and subterfuges. We want peace. We turn away from the spirit of force and presumption which has led to the direst disaster of our history.

The objects of the new Bavarian State Government, as briefly outlined here, are modest. We refrain from senseless promises; we must be glad, if we come out of this dreadful collapse of a Reich and a nation with cut and bruised skins. We know likewise, that the people cannot be fed on oratory. We want to make deeds speak as far as possible. At least we want to show our good intention to help our people gradually out of the present situation. Success does not depend upon us alon. It will ripen slowly. Therefore we expect patience and patience again. The terror of war have passed. The work of reconstruction begins slowly. This justifies some hope. It is still a delicate sapling and needs nursing, if it shall not perish. May we therefore be allowed to look from the darkness of these days through a modest gate into a brighter future! This will encourage our people and give it new strength, of which we are so bitterly in need.

Permit a last word to me as a man of law.

Our fate may be ever so bitter, it is bearable, if it is just. Justice demands expiation and demands redress. But it does not demand extermination and death. As an entire nation, we must to-day expiate for the crimes of depraved ones from among our ranks. But the penalty must not be immeasurable, it must be adequate to the guilt. It is the greatest guilt of the German people,

sein. Die größte Schuld des deutschen Volkes ist es, daß es dem aufkommenden Unrecht nicht stark genug entgegengetreten ist, sondern es hat wuchern und wachsen lassen, bis es sich wie ein Krebsgeschwür ausgebreitet hat. Durch den Verlust des Weltkrieges, durch die Zerstörungen unserer Städte, durch unersetzliche Verluste an Menschenleben hat das deutsche Volk, mit dem wir Bayern uns als dessen Teil eng verbunden fühlen, bereits schwer gebüßt. So wird es an der Zeit sein, uns zu sagen, daß die Schmach von dem anständigen Teil unseres Volkes getilgt ist, daß wir den Blick erheben und den Siegern offen ins Auge schauen dürfen. Daß dieser Augenblick nicht mehr allzuferne sein möge, ist unser aller Wunsch. Mit diesem Wunsch und dieser Hoffnung tritt die neue Staatsregierung ihr schweres Amt an und erbittet dafür die tatkräftige Mitwirkung des gesamten bayerischen Volkes.

München, 22. Oktober 1945.

Der Bayerische Ministerpräsident:
gez.: Dr. Wilhelm Hoegner.

that they have not strongly enough opposed the arising evil, but have allowed it to extend and grow until it had expanded like cancer. By the loss of the world war, by the destruction of our towns, by irreplaceable losses of human life, the German people, of which we Bavarians are a part and to which we feel closely connected, have already heavily expiated. It will be time to tell us, that the shame has been wiped off from the decent part of our people, that we may lift our eyes and look frankly into the eyes of the victors. It is the desire of all of us, that this moment may not be too long in coming. With this desire and in this hope the new State Government takes over its burdensome office and asks the entire Bavarian people for most active co-operation.

Munich, October 22nd, 1945.

The Temporary Minister President
of Bavaria

sign.: Dr. Wilhelm Hoegner.

Inhalt

Die neue Bayerische Staatsregierung vom 22. Oktober 1945	Seite	1
The New Bavarian State Government of October 22, 1945	"	1
Regierungserklärung vom 22. Oktober 1945 des Bayer. Ministerpräsidenten	"	2
Proclamation dated October 22, 1945 of the Bavarian State Government	"	2